



Wolf Gruner

Mut und Widerstand

Wie Jüdinnen und
Juden sich im NS-Alltag
zur Wehr setzten

Wallstein

Wolf Gruner
Mut und Widerstand

STUDIEN ZU RESENTIMENTS
IN GESCHICHTE UND GEGENWART

Herausgegeben vom
Zentrum für Antisemitismusforschung

Band 10

Wolf Gruner

Mut und Widerstand

Wie Jüdinnen und Juden sich im
NS-Alltag zur Wehr setzten



WALLSTEIN VERLAG

Originalausgabe: Resisters. How Ordinary Jews fought
Persecution in Hitler's Germany. Yale University Press 2023.

Für die deutsche Ausgabe:

© Wallstein Verlag, Göttingen 2026

Wallstein Verlag GmbH, Geiststr. 11, 37073 Göttingen

www.wallstein-verlag.de

info@wallstein-verlag.de

Vom Verlag gesetzt aus der Adobe Garamond

Umschlaggestaltung: Susanne Gerhards, Düsseldorf

Umschlagbild: Lizi Rosenfeld sitzt auf einer Parkbank mit der Aufschrift

»Nur für Arier«, Wien, 30. August 1938. United States Holocaust

Memorial Museum. Photo Nr. 33983. Courtesy of Leo Spitzer

ISBN (Print) 978-3-8353-6042-6

ISBN (E-Book, pdf) 978-3-8353-8993-9

Inhalt

Vorwort	7
Einleitung	II
Kampf gegen die NS-Propaganda. David Bornstein in Hamburg und andere	33
Verbaler Protest gegen die Verfolgung. Henriette Schäfer in Frankfurt und andere	51
Boykott antijüdischer Gesetze und Maßnahmen. Hans Oppenheimer in Frankfurt und andere	75
Schriftlicher Protest gegen die Verfolgung. Benno Neuburger in München und andere	99
Selbstverteidigung gegen körperliche Angriffe. Daisy Gronowski in Urfeld und andere	129
Schluss.	151
Dank	163
Anmerkungen	167
Abkürzungen	216
Quellenverzeichnis	217
Literaturverzeichnis	221
Abbildungsverzeichnis	232
Register	233

Vorwort

Rein zufällig, und nur wenige Wochen vor meinem Umzug nach Los Angeles im Jahr 2008, fand ich die erste Spur eines individuellen jüdischen Widerstandsaktes in einem Berliner Polizeitagebuch, wo der Eintrag als »politischer Vorfall« bezeichnet wurde. Ein Polizist hatte einen jüdischen Berliner verhaftet, weil er sich offen gegen die NS-Judenverfolgung ausgesprochen hatte. Zu diesem Zeitpunkt hatte ich mich bereits zwanzig Jahre lang intensiv mit der Verfolgung der deutschen Juden durch die Nationalsozialisten beschäftigt, aber so etwas war mir noch nie begegnet. Diese Entdeckung bewies, dass jüdisches Handeln und jüdischer Widerstand, entgegen der verbreiteten Annahme unter Holocaustforschern, doch in Täterdokumenten wie Polizeiberichten und Prozessunterlagen aufgespürt werden können. Damit änderte sich mein akademischer Forschungsweg, der mit der Analyse von Institutionen im Dritten Reich begann und später die widersprüchliche lokale und nationale Verfolgungspolitik und deren Auswirkungen auf die jüdische Bevölkerung untersuchte. Von nun an konzentrierte ich mich auf die Reaktionen und Aktionen der deutschen und österreichischen Jüdinnen und Juden.

Allerdings hatte ich mich auch zuvor für die Auswirkungen der nationalsozialistischen Verfolgung auf jüdische Menschen interessiert und bereits für meine Doktorarbeit in den 1990er Jahren Zeitzeugenberichte verwendet und Interviews mit Überlebenden in Deutschland, Österreich, den Vereinigten Staaten und Bolivien geführt. Die Opfer standen jedoch nicht im Mittelpunkt meiner wissenschaftlichen Arbeit, die sich auf die Frage konzentrierte, warum, wie und durch wen sich die NS-Verfolgungspolitik entwickelte. Während eines Postdoc-Aufenthaltes in Yad Vashem in Jerusalem 1998 diskutierten Yehuda Bauer und ich über meine Forschungen. Er forderte damals meinen wissenschaftlichen Ansatz generell heraus, indem er fragte: »Wo sind die Opfer in Ihrer Geschichte?«

Der Dokumentenfund berührte mich auch sehr persönlich. Da ich in der DDR hinter dem Eisernen Vorhang aufgewachsen bin, hallten die in den Polizeitagebüchern gefundenen Geschichten von der Verfolgung individuellen Protests auf besondere Weise nach. Bis zu meinem neunundzwanzigsten Lebensjahr in einer Diktatur gelebt zu haben, hat mir eine gewisse Sensibilität für Resistenz verliehen. Da ich mich im kulturellen Untergrund in Ost-Berlin bewegte, erlebte ich die verschiedensten Formen dissidenten Verhaltens, die oft schwerwiegende Folgen für die Akteure, ihre Familien und Freunde nach sich zogen, und wusste daher sehr genau, wie und warum das kommunistische Regime selbst milde Äuße-

rungen bzw. Taten als individuellen Widerstand ansah und bestraft. Da die Verfolgung im NS-Staat so viel brutaler als in der DDR war, wie viel ernster muss das Regime jeden Widerstand beurteilt und bestraft haben, der von den zum Feind Nummer Eins ernannten Juden ausging? Da ich viele Menschen kannte, die sich der DDR-Regierung auf unterschiedliche Weise widersetzen, erschien es mir unwahrscheinlich, dass jüdische Männer und Frauen im NS-Alltag nicht mit Abwehr und Protest auf die Verfolgungspolitik reagiert hätten.

Es hat mich mehr als zwölf Jahre an Grundlagenforschung gekostet, um die vielen hier verwendeten Quellen zum individuellen jüdischen Widerstand im nationalsozialistischen Deutschland ausfindig zu machen und dieses Buch schreiben zu können. Wie bereits erwähnt, begann alles im Frühsommer 2008, als ich im Berliner Landesarchiv Dutzende von verstaubten Polizeitagebüchern auf der Suche nach Spuren der Judenverfolgung durchstöberte. Ich las hunderte handschriftliche Notizen von Polizeibeamten über verlorene Schlüssel, gestohlene Fahrräder, betrunkene Personen, Sachbeschädigungen und festgenommene Exhibitionisten. Dabei fiel mir eines Tages der Eintrag mit der Überschrift »politischer Vorfall« auf, in dem ein Polizist die Verhaftung eines jüdischen Deutschen beschrieb, der gegen die antijüdische Politik der Nationalsozialisten protestiert hatte. Obwohl die Notiz kaum mehr als Name, Geburtsdatum und Adresse des Verhafteten sowie eine kurze Beschreibung von Ort, Zeit und Inhalt des Protests enthielt, beeindruckte sie mich tief. Zu jener Zeit hätten die meisten Historiker die Möglichkeit verneint, dass jüdische Personen jemals öffentlich gegen die Verfolgung protestiert haben. Doch schon bald stieß ich auf weitere vergleichbare Einträge über solche Verhaftungen, die die Polizeibeamten immer als »politische Vorfälle« oder »politische Vergehen« bezeichneten.

Diese unerwarteten Entdeckungen erschütterten meine jahrzehntelang gebildeten wissenschaftlichen Überzeugungen über die Shoah grundlegend. Historiker, mich eingeschlossen, hatten die Haltung der jüdischen Bevölkerung immer als passiv angesehen. Die Argumentation lautete, je mehr die Diskriminierung in Deutschland zunahm, desto mehr hätten sich die Juden angepasst. Das hängt auch mit der verbreiteten Annahme zusammen, dass generell »Widerstand in totalitären Regimen selten« sei, wie es z. B. Nikolaus Wachsmann in seinem Buch *KL: Die Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager* (2019, engl. Original 2015) formuliert.

Als Nächstes wühlte ich mich durch zweitausend Akten des Berliner Sondergerichts im Landesarchiv. Obwohl ich in diesen Akten keine Namen aus den Polizeitagebüchern wiederfand, tauchte hier eine Reihe

von neuen Fällen individuellen jüdischen Protests auf. Die Nachweise waren wieder recht kurz, oft enthielten die Akten nur eine Anklageschrift oder ein Gerichtsurteil, jeweils drei bis fünf Schreibmaschinenseiten lang. Dennoch verrieten die Quellen etwas mehr über die Widerstandshandlung, die Umstände, den Beruf und die Biografie der Angeklagten.

In Berlin lebte die größte jüdische Gemeinde im nationalsozialistischen Deutschland. Die Hauptstadt wurde aufgrund der Größe und der Möglichkeiten für Anonymität oft als Zufluchtsort für verfolgte Jüdinnen und Juden gepriesen. Da diese beiden Faktoren eher mehr Fälle von Widerstand in der Hauptstadt ermöglicht haben könnten, erweiterte ich meine Suche. Waren ähnliche Belege für individuellen jüdischen Protest auch in anderen Orten des ehemaligen Deutschen Reiches zu finden? Während ich inzwischen an der University of Southern California in Los Angeles lehrte, verbrachte ich meine Semesterferien nun forschend in den Archiven der Städte Hamburg, Frankfurt, München, Leipzig und Wien. Dort habe ich Tausende von Täterdokumenten durchforstet, darunter Polizeiberichte, Gestapo- und Gefängnisakten sowie Anklageschriften und Urteile von einem halben Dutzend lokaler Sondergerichte. Tatsächlich boten sie ähnlich reichhaltige Erkenntnisse über individuellen Protest und Widerstand von jüdischen Männern und Frauen. Aus diesen Quellen ging auch hervor, dass jüdische Deutsche sich nicht nur öffentlich gegen die Verfolgung aussprachen, sondern häufig gegen lokale Vorschriften und Gesetze der Nationalsozialisten verstießen, obwohl die Gefahr einer Anzeige durch nichtjüdische Deutsche und damit harte Bestrafung drohte. Es gab also nie einen Mangel an Quellen, sondern unsere falschen Vorannahmen hinderten uns daran, überhaupt Spuren von individuellem jüdischem Widerstand wahrzunehmen.

Es fanden sich auch viele Belege dafür, wie deutsche und österreichische Jüdinnen und Juden sich auf andere Art und Weise aktiv antijüdischen Maßnahmen widersetzen; viele von ihnen wurden für ihre Taten von Sondergerichten sowie von regulären lokalen und regionalen Gerichten verfolgt. Das Yad Vashem Archiv in Jerusalem und das Archiv des United States Holocaust Memorial Museums verwahren Aktenkopien aus vielen deutschen Städten und Gemeinden. Um die reichhaltige Dokumentation auf der Grundlage von Täterakten zu ergänzen und auszugleichen, untersuchte ich außerdem Zeugenaussagen von Überlebenden. In den mehr als 170 benutzten Videointerviews des Shoah Foundation Visual History Archive an der University of Southern California bestätigten einige der Überlebenden, was ich zuvor in den Archiven entdeckt hatte. Andere jedoch lieferten erstaunliche Geschichten über neue Arten eines nicht von den Archiven dokumentierten individuellen Widerstands.

Ein von der University of Southern California in den Jahren 2017-2018 gewährtes Sabbatical ermöglichte mir, mit dem Schreiben der ersten Buchkapitel zu beginnen. Dass die globale Pandemie, die den Verlauf so vieler Leben zum Negativen hin veränderte, jedes Reisen im Jahr 2020 unmöglich machte, ermöglichte mir, eine erste Fassung des Manuskripts fertigzustellen.

Das hier vorliegende Buch hat zum Ziel, die noch immer vorherrschende Sicht von der Passivität der jüdischen Deutschen im Angesicht der NS-Verfolgung grundsätzlich zu ändern, indem es deren Handlungsfähigkeit hervorhebt und die große Vielfalt an Widerstandshandlungen beleuchtet, die in Archivdokumenten und Überlebendenberichten zu finden sind.

Einleitung

Im Frühjahr 1941 ordnete ein Richter in der Hauptstadt des NS-Regimes an, dass Hertha Reis, eine sechsunddreißigjährige jüdische Zwangsarbeiterin, die beiden Zimmer, in denen sie zusammen mit ihrem Sohn und ihrer Mutter in Untermiete wohnte, zu räumen hatte. Vor dem Berliner Gerichtsgebäude rief sie vor Passanten aus: »Wir haben alles verloren. Durch diese Scheißregierung haben wir auch noch unsere Wohnung verloren. Hitler der Strolch, verfluchte Regierung, verfluchtes Volk! Bloß weil wir Juden sind, haben wir Unrecht bekommen.«¹

Sich nach acht Jahren NS-Herrschaft am helllichten Tag in der Hauptstadt des Dritten Reiches offen gegen die Judenverfolgung auszusprechen, schien uns bislang kaum vorstellbar, insbesondere für ein Opfer dieser Politik. Doch die Geschichte von Hertha Reis und viele ähnlich erstaunliche Geschichten individuellen Trotzes und Mutes widersprechen der gängigen Annahme einer überwiegend passiven oder gar fatalistischen Haltung der vom NS-Staat unterdrückten jüdischen Bevölkerung.²

Das hier vorliegende Buch offeriert hingegen ein Kompendium vergessener Geschichten, die unser Verständnis dieser Vergangenheit verändern. Es beleuchtet unglaubliche, gleichwohl wahre Berichte über solch individuellen Widerstand, die seit Kriegsende in Archiven schlummernten. Die Helden dieser Geschichten sind gewöhnliche jüdische Männer und Frauen im nationalsozialistischen Deutschland. Weil sie sich der Verfolgung widersetzen, wurden sie von den Nationalsozialisten als »freche Juden« bezeichnet. Jene gewöhnlichen jüdischen Männer und Frauen fanden den Mut, sich ungeachtet der stetigen Kanonade diskriminierender und inhumaner Maßnahmen aufzulehnen. Ihre couragierten Taten fordern dazu auf, die verschüttete Geschichte individuellen Widerstands von Menschen in Zeiten wachsenden Autoritarismus' und Genozids offenzulegen und damit unser bisheriges Bild von den angeblich passiven Opfern der NS-Massengewalt zu revidieren.

Obwohl viele der nach dem Krieg befragten Überlebenden ein widerständiges individuelles Verhalten an den Tag gelegt hatten, verstand keiner von ihnen ihr eigenes Handeln als Widerstand, denn sie waren nicht bewaffnet und nicht Mitglied einer organisierten Gruppe. Wie auch Max Mannheimer, der im Jahr 1940 als zwanzigjähriger Zwangsarbeiter auf einer Straßenbaustelle in Böhmen in sein Tagebuch schrieb: »Mein Quartier während der Woche ist eine Bretterbude hinter dem Geräteschuppen. Von da aus gehe ich trotz der 20-Uhr-Sperre und des Verbotes, die Anlagen zu betreten, in den Kurpark. Ich zähle die Verbotsschilder

»Für Juden verboten«. Es sind sechs an der Zahl. Später, gegen elf, reiße ich alle Verbotsschilder aus dem Boden und werfe sie teils ins Gebüsch, teils in einen Bach. Mein ganzer Mut war vergebens. Am nächsten Abend waren alle Schilder wieder da. Ein zweites Mal brachte ich den Mut nicht auf. Ich bin eben kein Held.«³

Wenngleich Mannheimer hier seine Handlungen herunterspielte, verstieß er mit seinem zweiten Parkbesuch wieder gegen antijüdische Anordnungen, und zwar gleich zweimal, indem er erneut die abendliche Ausgangssperre für Juden und das Verbot, den Park zu besuchen, missachtete. Obwohl es ihm damals wichtig genug erschien, die Taten in seinem Tagebuch festzuhalten, fand Mannheimer diesen Widerstand später in seinem Interview für die Shoah Foundation im Jahr 1996 nicht mehr erwähnenswert.⁴

Mit der bemerkenswerten Ausnahme weniger Wissenschaftler – wie Konrad Kwiet, Helmut Eschwege, Marion Kaplan und David Engel – scheinen die meisten Historiker verbale Proteste einzelner deutscher Juden in der Öffentlichkeit sowie andere offene Widerstandshandlungen, wie Sabotage am Arbeitsplatz und schriftlichen Protest, als unwichtig abzutun oder nicht zu kennen.⁵ Um dies zu ändern, habe ich Yehuda Bauers oft zitierte jüdische Widerstandsdefinition durch das Hinzufügen von zwei Worten abgeändert. Jüdischer Widerstand ist nun definiert als: »jede *Einzel- oder* Gruppenaktion, die sich gegen die bekannten Gesetze, Handlungen oder Absichten der Nationalsozialisten und ihrer Kollaborateure richtet.« Die Ausweitung der Definition von Gruppen auf Einzelpersonen verändert unsere Sicht grundlegend. Sie würdigt nun ein breites Spektrum jüdischer widerständiger Handlungen, ob erfolgreich oder erfolglos, einschließlich öffentlicher Proteste und Verstöße gegen antijüdische Vorschriften.⁶ Die neue Definition offeriert uns sowohl eine weitere Perspektive als auch einen schärferen Fokus. Beide lassen uns endlich sehen, wie Jüdinnen und Juden wirklich während der Shoah agierten und reagierten.

Mit einem schärferen Fokus: Fotografien und Widerstand

Diese neue Sichtweise erlaubt, in vertrauten Bildern Widerstandstaten zu identifizieren. Sie ermöglicht auch die (Wieder-)Entdeckung von Fotografien, die jüdische Deutsche als Akt des Widerstands aufgenommen hatten. Wenn die Opfer fotografierten, um die Verfolgung und ihre Auswirkungen zu dokumentieren, brachen sie die Autorität der Nationalsozialisten über die Bildsprache des Dritten Reiches und produzierten Beweise für deren Verbrechen.



Abb. 1: SA eskortiert Michael Siegel am 10. März 1933 durch München. Fotograf: Heinrich Sanden.

Wenn wir uns auf die Suche begeben, tauchen mehr und mehr Bilder auf, die von jüdischen Deutschen als Akte des Widerstands aufgenommen wurden. Während des landesweiten nationalsozialistischen Boykotts jüdischer Geschäfte, Anwalts- und Arztpraxen am 1. April 1933 dokumentierten sie zum Beispiel die antijüdische Propaganda, die ihre Geschäftsinteressen schädigte. In Stuttgart fotografierte die zweiundzwanzigjährige Lisa Einstein den Eingang des Mietshauses ihrer Familie, wo SA-Männer das Geschäftsschild ihres Vaters verunstaltet hatten, indem sie Flugblätter mit dem Wort »Jude« darüber klebten.⁷

Ein weithin bekanntes Bild zeigt den angesehenen jüdischen Rechtsanwalt Michael Siegel in München im März 1933 (Abb. 1). SA-Männer demütigten ihn, indem sie seine Hosenbeine abschnitten und ihn zwingen, barfuß durch das Stadtzentrum zu laufen. Das Bild taucht in vielen Büchern über den NS-Staat auf und dient in der Regel dazu, die erste Terrorwelle nach Hitlers Machtübernahme zu illustrieren. Bei näherer Betrachtung zeigt sich jedoch, dass Siegel keineswegs ein zufälliges Opfer der Gewalt war. Die SA zwang nämlich Siegel, ein Schild mit der Aufschrift »Ich werde mich nie wieder bei der Polizei beschweren« zu tragen,⁸ denn er hatte im Münchner Polizeipräsidium gegen die unrechtmäßige Ver-



Abb. 2: Dora Francken posiert am Eingang des örtlichen Schwimmbads in Blaubeuren, etwa Mitte der 1930er Jahre.

haftung seines Mandanten, des jüdischen Kaufhausbesitzers Uhlander, protestiert und wurde deshalb zum Opfer der Amok laufenden SA-Männer.⁹ Er blieb nicht der einzige mutige jüdische Anwalt.

Die NS-Behörden versuchten Juden überall zu hindern, die Verfolgung zu dokumentieren. Der Polizeipräsident im sächsischen Riesa verbot zum Beispiel dem örtlichen Vertreter des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, Fotos von antijüdischen Schildern in verschiedenen sächsischen Städten zu machen. Dennoch fotografierte Adolf Vogel im Juni 1934 das mit Boykottschildern beklebte Geschäft seines Vaters in Sandersleben (Anhalt). Am Eingang des öffentlichen Schwimmbads der südwestdeutschen Kleinstadt Blaubeuren posierte Dora Francken trotziger für den Fotografen neben zwei Schildern mit der Aufschrift »Hunde sind



Abb. 3: Die Schwester von Martin Marx, sein Vater Emil Marx und ihr langjähriges christliches Dienstmädchen stehen trotzig vor der antisemitischen Parole »Juda verrecke«, die 1935 auf das Haus der Familie in Groß-Gerau gemalt wurde. Fotograf: Martin Marx.

nicht zugelassen« und »Für Juden keinen Zutritt« (Abb. 2). Und in der hessischen Kleinstadt Groß-Gerau fotografierte Martin Marx, kurz bevor er Deutschland in Richtung USA verließ, seine Familie neben einer antisemitischen Parole, die das Haus seines Vaters im Jahr 1935 verunzierte (Abb. 3).¹⁰

Das Foto von Lizi Rosenfeld, einer selbstbewussten jungen jüdischen Frau, auf einer Wiener Parkbank mit der Aufschrift »Nur für Arier« sitzend, ist Beweis für gleich drei »Vergehen«: das Sitzen auf einer für Juden verbotenen Bank, das Fotografieren dieses rebellischen Verhaltens und das Schmuggeln des Negativs aus dem NS-Staat (Abb. 4). Die Familie Spitzer übergab das Foto Jahrzehnte später dem United States Holocaust Memorial Museum.¹¹

Während des Pogroms am 9. und 10. November 1938, das auch als *Kristallnacht* bekannt ist, reagierten jüdische Bürger in unterschiedlicher Weise auf Gewalt und Vandalismus. Einige retteten religiöse Gegenstände oder private Sachen, andere dokumentierten die Zerstörungen von Synagogen und Geschäften mit dem Fotoapparat. In Berlin verhaftete die Polizei Andreas Kirschbaum, weil er beschädigte jüdische Geschäfte abgelichtet hatte.¹²



Abb. 4: Lizi Rosenfeld sitzt auf einer Parkbank mit der Aufschrift »Nur für Arier«, Wien, 30. August 1938.

SS und SA verwüsteten zudem Tausende von jüdischen Privathäusern und -wohnungen. Als Heinz Bauer in Mannheim von der Arbeit nach Hause kam, konnte er das Ausmaß der Zerstörung in seiner Wohnung nicht fassen. Er schoss mehrere Fotos, die er später aus Deutschland herausschmuggelte, als er in die Vereinigten Staaten auswanderte. In Nürnberg dokumentierte Hans Sachs ebenfalls seine völlig zerstörte Wohnung. Nach dem Krieg fügte er die Fotos seinem Antrag auf Entschädigung an die bayerischen Behörden bei (Abb. 5).¹³

Viele deutsche und österreichische Jüdinnen und Juden, die Verbrechen dokumentierten bzw. Kritik äußerten, wurden denunziert, anschließend verhaftet, vor Gericht gestellt und zu Gefängnisstrafen verurteilt. Mitte in der Sudetenkrise, im September 1938, äußerte Willi Rothschild vor Zeugen in der Öffentlichkeit: »Heute lacht ihr, wer weiß, wer in nächster Zeit lacht.« Zunächst wurde er seit dem Novemberpogrom 1938 bis Mai 1939 im Konzentrationslager Buchenwald interniert; später verurteilte ihn das Sondergericht Bamberg wegen des »Vergehens« zu vier Monaten Gefängnis. In seinem Urteil bezeichnete der Richter seine öffentliche Äußerung als »frech«.¹⁴



Abb. 5: Die zerstörte Wohnung von Hans Sachs in Nürnberg nach dem Pogrom vom 10. November 1938. Fotograf: Hans Sachs.

Der »freche Jude«: Topos oder Realität

Der »*freche Jude*« ist ein antisemitisches Stereotyp, das Holocaust-historikern sehr vertraut ist. Hitler und Goebbels benutzten es häufig.¹⁵ Das deutsche Wort *frech* wird heute vor allem für Kinder verwandt, seltener in Auseinandersetzungen zwischen Erwachsenen. Wenn, dann sieht es heute keiner als schwere Beleidigung. Das war anders in der Zeit des Nationalsozialismus und den vorangegangenen Epochen. Traditionell bedeutete *frech* zu sein, in Deutschland konfrontativ und argumentativ am Rande der Unhöflichkeit zu agieren; also eher im heutigen Sinne von unverschämt. Es wurde also als verbale Attacke verstanden, die die andere Person als Statusverletzung empfand. Das hatte auch rechtliche Folgen, da damals solche Äußerungen als Beleidigung der Ehre des Adressaten angesehen wurden, wie zahlreiche Verleumdungsklagen im Kaiserreich und in der Weimarer Republik zeigen.

Der NS-Begriff »frecher Jude« fand sich ebenso in Parolen, die an Schau-fensterscheiben geschmiert wurden (Abb. 6), wie in Polizeidokumenten, Gerichtsakten und Zeitungsartikeln. In ihren damaligen Verwaltungs-berichten beklagten sich SS, Gestapo und Bürgermeister häufig über »fre-che Juden«. Die Gestapo in Aachen berichtete im März 1935, dass »die Zahl der Juden, die per Brief oder persönlich protestiert hätten, immer

zahlreicher geworden wäre und im Ton immer frecher«. Der Landrat in Schlüchtern schrieb in seinen Berichten vom März und April, dass die Juden sich wieder frech verhalten hätten. In ähnlicher Weise beklagte sich der Präsident des preußischen Staates Hessen in seinem Mai/Juni-Bericht. Im Juli 1935 meldete die Gestapo in Arnsberg sich häufende Denunziationen, dass Juden wieder frech geworden wären, genau wie die Polizei in Steinach an der Saale im selben Monat.¹⁶

Historiker waren der Ansicht, dass Nationalsozialisten mit den häufigen Klagen über die »frechen Juden« härtere Maßnahmen gegen die jüdische Bevölkerung in Deutschland rechtfertigen wollten. Die meisten dieser Beschwerden bezogen sich jedoch vermutlich auf tatsächliche jüdische Widerstandshandlungen. In ihrem Bericht für Juli 1935 stellte die Berliner Gestapo fest, dass die Juden ohne Respekt für staatliche Autorität geboren würden. Im selben Monat, als wochenlange antijüdische Ausschreitungen die Hauptstadt erschütterten, verhaftete die Polizei mehr als einhundert jüdische Deutsche, die meisten für sogenannte politische Angriffe auf den deutschen Staat und die NSDAP. Unter ihnen befand sich auch Rosalie Mielzynski, die die antijüdischen Ausschreitungen in Berlin öffentlich mit den Worten kritisiert hatte: »Weil der deutsche Staat nicht mehr weiter kann, müssen jetzt die Juden daran glauben.« Aber Ausschreitungen waren gar nicht nötig, um individuellen Protest gegen die Verfolgung zu provozieren. Im Oktober 1935 verhaftete die Berliner Polizei 42 jüdische Deutsche, im November 57 und im Dezember 36. Im Januar 1936 stieg diese Zahl auf 73 jüdische Deutsche an. Von diesen 208 Festnahmen erfolgten 141 aufgrund von »Staatsfeindlichkeit« und 61 wegen »Rassenschande«, dem NS-Begriff für die seit den Nürnberger Gesetzen von 1935 verbotenen sexuellen Beziehungen zwischen jüdischen und nicht-jüdischen Deutschen.¹⁷

Makabrerweise wurden jüdische Deutsche oft des Landesverrats bezichtigt, obwohl sie ja angeblich keine Deutschen sein konnten. Staatsanwälte sahen jede Kritik als Hochverrat, die in ihren Augen einer möglichen Vorbereitung des Umsturzes der Regierung gleichkam. Bis 1936 wurden im NS-Staat nicht weniger als 46 jüdische Deutsche, darunter elf Frauen, wegen Hochverrats angeklagt oder verurteilt. Die zwischen 1887 und 1917 geborenen jüdischen Deutschen aus Breslau, Frankfurt, Köln, Berlin und anderen Städten erhielten dafür Strafen zwischen drei Monaten Gefängnis und fünfzehn Jahren Zuchthaus.¹⁸

In mehreren bayerischen Städten nahm die Polizei zwischen Januar und Oktober 1936 insgesamt 25 jüdische Deutsche wegen angeblich staatsfeindlicher Gesinnung und Handlungen fest. In seinem Bericht für 1937 erwähnt der Sicherheitsdienst der SS die Verhaftung mehrerer »frecher«



Abb. 6: Das Schaufenster der Pelikan-Apotheke von Isaac Bry in der Leipziger Straße, Berlin, verunstaltet mit der Parole »Dieser Jude wird noch frech!«, 1. April 1933.

Juden in Stettin. Im September 1938, als Deutschland am Rande eines Krieges mit der Tschechoslowakei um die Sudetengebiete stand, verhaftete die Gestapo diverse jüdische Deutsche in Städten wie Berlin und Wien, aber auch in kleineren Dörfern wie Buttenhausen, Bigge und Hüsten, weil sie Hitlers Kriegstreiberei und die neuen Rassengesetze kritisiert hatten.¹⁹

Anstatt einfach in ein Konzentrationslager geworfen zu werden, wie oft fälschlicherweise angenommen wird, wurden solche »frechen Juden« in aller Regel strafrechtlich verfolgt und vor Sondergerichten wegen »heimtückischer Angriffe« auf den NS-Staat angeklagt. Sie erhielten für ihre angeblichen Verbrechen Haftstrafen von mehreren Monaten bis zu mehreren Jahren. Wenn sie noch vor dem Novemberpogrom 1938 aus dem Gefängnis entlassen wurden, flohen viele sofort aus Deutschland, was ihnen oft das Leben rettete.

Einige jüdische Deutsche dachten sogar daran, führende Nationalsozialisten zu ermorden. Im November 1937 informierte die Gestapo im bayerischen Treuchtlingen den Staatsanwalt in München darüber, dass Bernhard Bermann, ein vierundsechzigjähriger jüdischer Viehhändler, einem Bekannten angeblich 10.000 Reichsmark für die Ermordung von zwei örtlichen NSDAP-Führern geboten hatte. Im Juni 1938 behauptete ein Gestapobericht, dass Dr. Bruno Glaserfeld, Präsident des Landesverbands Deutscher Juden in Berlin, in einer Versammlung mit Gleichgesinnten frühere illegale jüdische Aktivitäten kritisierte, weil sie nicht zum Sturz Hitlers geführt hätten. Glaserfeld propagierte die Idee von gleichzeitigen Bombenanschlägen auf Treffen der NS-Führung, etwa während der Reichstagssitzungen und des jährlichen Parteitags in Nürnberg. Die Gestapo berichtete auch, dass der Handelsvertreter Günther Salter Attentate als einzig wirksames politisches Mittel gegen das Dritte Reich ansah. Salter habe vorgeschlagen, Straßen zu überwachen, die Hitler bei öffentlichen Veranstaltungen wie seiner Geburtstagsfeier häufig benutzte. Der Gestapo-Bericht unterstrich, dass beide Juden erklärten, dass solche Pläne die in den jüdischen Gemeinden herrschende Verzweiflung ausdrückten.²⁰

Sich dieser potenziellen Gefahr bewusst, verlangten die NS-Behörden von jüdischen Deutschen, alle Waffen in ihrem Eigentum abzugeben. Obwohl der Besitz von Waffen in Deutschland seit der Revolution von 1918 verboten war und ein Gesetz aus dem Jahr 1928 nur Ausnahmen für Inhaber von Waffenscheinen vorsah, hatten manche jüdische Deutsche nach ihrem Armeedienst im Weltkrieg Waffen behalten, andere besaßen Gewehre für die Jagd. In einigen Städten wie Breslau wurden sie schon 1933 aufgefordert, ihre Waffen sofort abzugeben. In Berlin begann die Polizei im Herbst 1938, jüdische Deutsche zu entwaffnen. Sie wurden auf das



Abb. 7: Plakat mit Aufruf zu Massendemonstrationen, München, 10. November 1938.

nächstgelegene Polizeirevier vorgeladen, um ihre Gewehre und Schwerter auszuhändigen, sogar wenn sie einen Waffenschein besaßen. In einer »Sonderaktion« führte die Polizei Razzien in jüdischen Wohnungen durch, um nach legal registrierten Waffen zu suchen, und verhaftete solch waffenbesitzende Juden, weil sie angeblich dem deutschen Staat feindlich gegenüberständen. Alois Adler wurde am 3. Oktober 1938 verhaftet, nachdem er sein Jagdgewehr einem Freund gegeben hatte, um zu verhindern, dass es bei ihm zu Hause gefunden wurde. Unmittelbar nach dem Novemberpogrom, am 11. November 1938, verbot die NS-Regierung der jüdischen Bevölkerung schließlich den Besitz von Schusswaffen und »Hieb- und Stichwaffen«. Nun führte die Polizei in vielen Städten Razzien in jüdischen Wohnungen durch, um nach Waffen zu suchen.²¹

Trotz oder gerade wegen der Auswirkungen des gewalttätigen Pogroms beschwerten sich die Behörden weiterhin über »freche« Juden.²² Die Naziartei verwandte den Begriff sogar auf Propagandaplakaten, um die Masseninhaftierung von 30.000 Juden in Konzentrationslagern nach dem Pogrom zu rechtfertigen (Abb. 7).

Nach dem Kriegsbeginn mit dem Überfall auf Polen am 1. September 1939 hieß es in einem Rundschreiben an die örtlichen Gestapostellen in Berlin vom 6. September, dass die Juden eine deutlich provokativere Hal-

tung einnahmen. In Düsseldorf gab die örtliche Gestapo einen Erlass heraus, in dem den Juden vorgeworfen wurde, sich nicht an die Anweisungen zu halten und in der Öffentlichkeit nicht mit der nötigen Zurückhaltung aufzutreten. Einen Monat später beauftragte die Gestapo die Landräte, alle Juden, die gegen Vorschriften verstießen oder eine dem NS-Staat abträgliche Haltung an den Tag legten, »rücksichtslos« zu verhaften. In einem Bericht vom April 1940 betonte das Reichssicherheitshauptamt, dass aus verschiedenen Ecken des Landes Informationen über »anhaltend freches Auftreten« der Juden eingingen. Später im selben Jahr wurden jüdische Deutsche wegen »unverschämten Verhaltens« in München und wegen des Besuchs verbotener Räumlichkeiten in Wien verhaftet.²³ Archivunterlagen und Videointerviews mit Überlebenden aus dem USC Shoah Foundation Visual History Archive bestätigen, dass viele Jüdinnen und Juden Verbote ignorierten und überall im Reich öffentliche Bibliotheken, Parks, Schwimmbäder und Kinos besuchten.²⁴

Nach dem Einmarsch in die Sowjetunion vervielfachte sich das »freche« Verhalten von Juden in Böhmen und Mähren laut einem Bericht, der beim Reichsprotektor Anfang Juli 1941 zirkulierte. In Deutschland selbst beschwerte sich der Sicherheitsdienst der SS über die »provokative Haltung« der Juden. Daraufhin forderten deutsche und tschechische Organisationen, die jüdische Bevölkerung mit einer Armbinde mit Davidstern wie im besetzten Polen zu kennzeichnen. Karl Hermann Frank, der Stellvertreter des Reichsprotektors, schrieb an den Chef der Reichskanzlei, Heinrich Lammers, dass die Einführung von Armbinden für Juden wegen ihres »freche[n] und herausfordernde[n] Auftreten[s]« angebracht sei. Er drängte darauf, dies Hitler persönlich zur Kenntnis zu bringen. In der Folge wurde in Großdeutschland, einschließlich des Protektorats Böhmen und Mähren, der berüchtigte »gelbe Stern« zur Kennzeichnung und Stigmatisierung der Juden eingeführt. Der Erlass, der den Juden auch verbot, ihre Heimatstädte ohne Erlaubnis zu verlassen, trat am 19. September 1941 in Kraft. Von diesem Zeitpunkt an mussten alle Juden, die älter als sechs Jahre waren, in der Öffentlichkeit den gelben Stern an ihrer Kleidung tragen, auch während der Zwangsarbeit.²⁵

Diese Verordnung trug jedoch nicht dazu bei, die Einstellung der jüdischen Deutschen zu ändern. In Wien beweisen die täglichen Gestapoberichte, dass die Polizei im Oktober 1941 fast jeden zweiten Tag einen jüdischen Mann oder eine jüdische Frau verhaftete, sei es wegen verbaler Angriffe auf den NS-Staat, wegen ungebührlichen Verhaltens oder wegen Ignorierens lokaler antijüdischer Maßnahmen. In Berlin und Wien sollen Dutzende von jüdischen Zwangsarbeitern die Arbeit sabotiert oder verweigert haben. Alfred Schirenc, ein Zwangsarbeiter, weigerte sich, den

berüchtigten »gelben Stern« zu tragen, und besuchte Restaurants, die für Juden verboten waren.²⁶ Obwohl einige Überlebende später salopp darüber sprachen, den »gelben Stern« nicht getragen zu haben, was den Zugang zu verbotenen Orten, wie z. B. einem Kino, ermöglichte, und dies eher wie ein Abenteuer klingen ließen, hatte das Nichtzeigen des demütigenden Abzeichens in Wirklichkeit ernsthafte Konsequenzen.²⁷ Im Herbst 1942 verbüßte ein hoher Prozentsatz der nach einem Jahr der Massendeportationen nur noch 55.000 bis 60.000 in Deutschland verbliebenen jüdischen Deutschen, nämlich ganze 1200, wegen unterschiedlicher »politischer« bzw. »krimineller« Vergehen Strafen in den Gefängnissen und Zuchthäusern des Deutschen Reiches.²⁸

Proteste wie gegen das Tragen des »gelben Sterns« bestätigen, dass uns nur ein radikaler Perspektivwechsel ermöglicht, die ganze Bandbreite des individuellen jüdischen Verhaltens während des Holocausts zu erfassen. Die vielen lange vergessenen Geschichten beweisen, dass die NS-Behörden individuellen Protest, das Anfechten von antijüdischen Maßnahmen und antisemitischer Propaganda sowie das Verteidigen gegen Angriffe als Widerstand ansahen und hart bestraften. Diese Handlungen müssen daher künftig in unsere Standarderzählung von der Shoah integriert werden.

Für eine umfassendere Perspektive des Widerstands

Wir kennen viele Details über den jüdischen Kampf gegen den Antisemitismus in Deutschland vor 1933. Im Vergleich dazu sind der jüdische Widerstand und die Verfolgung der jüdischen Widerstandskämpfer nach 1933 in Vergessenheit geraten, wenngleich es einige wissenschaftliche Arbeiten über organisierte Widerstandsbemühungen gibt, z. B. zur linken jüdischen Herbert-Baum-Gruppe in Berlin, die im Mai 1942 eine NS-Propagandaausstellung angriff, was zu massiven Repressalien gegen die jüdische Bevölkerung führte.²⁹ In der Öffentlichkeit und selbst bei vielen Historikern und Psychologen herrscht so immer noch die Vorstellung, die Nationalsozialisten hätten die Juden wie »Schafe zur Schlachtbank« geführt.³⁰ Jüdischen Widerstand gegen die Shoah ausschließlich mit organisierten und bewaffneten Gruppen wie den Warschauer Ghetto kämpfern und den Bielski-Partisanen zu assoziieren, unterstrich nur dessen Seltenheit und verstärkte somit die Vorstellung von der jüdischen Passivität.³¹

Es ist nicht so, dass Historiker das Thema nicht diskutiert hätten. Historische Kommissionen, die von jüdischen Überlebenden in ganz Europa gegründet wurden, sammelten Beweise und dokumentierten die Auswirkungen der NS-Verbrechen, was an sich schon ein Akt des

Widerstands, in diesem Fall gegen jede Form der Verdrängung des Geschehenen, war. Das 1946 erschienene *Blackbook: The Nazi Crime Against the Jewish People* enthielt ein fünfzigseitiges Kapitel mit dem Titel »Resistance« (Widerstand), das Beispiele jüdischer Aufstände in Ghettos und Vernichtungslagern dokumentierte, um der Vorstellung von Passivität zu begegnen. Das Buch diskutierte Widerstand aber hauptsächlich im Zusammenhang mit organisierten Gruppenaktivitäten, und Deutschland wurde gar nicht behandelt. Marie Syrkins Buch über den jüdischen Widerstand in Europa aus dem Jahr 1947 bot eine auffallend ähnliche Darstellung und konzentrierte sich auf Fallschirmspringer, Partisanen und Ghattokämpfer in Ost- und Südosteuropa. Allerdings ging die Autorin auch kurz auf Kunst, Bildung und historische Dokumentation als »Struggle of the Spirit« im Warschauer Ghetto sowie auf jüdische Rettungsaktionen in den Niederlanden ein.³²

In *The Destruction of the European Jews* (1961) stellte Raul Hilberg fest, dass unter den europäischen Juden Widerstand fast vollständig abwesend gewesen sei. Israelische Gelehrte widersprachen jenem Befund sofort, indem sie den moralischen und spirituellen Widerstand in den Ghettos im besetzten Polen hervorhoben. Dessen ungeachtet konzentrierte sich die Diskussion unter Historikern bald allein auf den bewaffneten Widerstand in den vom NS-Staat besetzten Ostgebieten. In *Perpetrators, Victims, Bystanders* (1990) erörterte Hilberg Jahrzehnte nach seinem frühen Standardwerk dann doch, wie einige Juden sich der Anpassung an die zunehmende Verfolgung verweigerten, indem sie sich versteckten, flohen, Widerstand leisteten bzw. Selbstmord begingen. Hilberg betonte gleichwohl die Seltenheit dieser Vorfälle und hielt somit quasi an der traditionellen Sichtweise des Gruppenwiderstands fest.³³

Aus diesen Gründen fehlt eine gründliche Bestandsaufnahme individuellen jüdischen Widerstands in fast allen wichtigen Büchern zur Shoah, überraschenderweise sogar in jenen, die sich auf die Integration jüdischer Stimmen konzentrieren, wie etwa in den weitbekannten Büchern Saul Friedländers.³⁴ Friedländer behauptete sogar, dass die Durchführung der deutschen Pläne in Europa von der »Bereitschaft der Opfer, Befehle zu befolgen« abhing.³⁵ Als ob ihre vorgebliche Passivität Verfolgung und Massenmord erst ermöglicht hätte.

Um jüdisches Verhalten im NS-Staat zu bewerten, stützte sich die Forschung bisher auf politische Serienberichte aus NS-Behörden, auf schriftliche Zeugnisse von Überlebenden und Tagebücher jüdischer Deutscher. Doch in den Berichten, die SS, Gestapo, Beamte und NS-Partiefunktionäre für ihre Vorgesetzten verfassten, erwähnten jene den Widerstand von Juden nur selten, denn in ihrer Weltsicht widersprach das